

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 18/1

Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, entwicklungspolitische Sprecherin



Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Sprecher für Welternährung und
Obmann im Ausschuss für Wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 10.2.2014

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

es hat lange gedauert, aber nun läuft die Arbeit im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ) wieder an. In der 18. Wahlperiode ist DIE LINKE im AWZ mit bewährten Kräften vertreten. Heike Hänsel ist weiterhin die entwicklungspolitische Sprecherin unserer Fraktion. Niema Movassat ist neuer Sprecher für Welternährung und vertritt DIE LINKE als Obmann im AWZ. Entwicklungspolitischer Referent der Fraktion ist weiterhin Dr. Alexander King. Alle Kontaktdaten finden Sie wie immer auf der letzten Seite dieses Rundbriefs.

Dem freundlichen Auftreten des neuen Entwicklungsministers zum Trotz: Die entwicklungspolitischen Festlegungen im Koalitionsvertrag – etwa die Verstärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit, das klare Bekenntnis zu entwicklungsfeindlichen Freihandelsverträgen (Stichwort TTIP) und die völlig unzureichenden finanziellen Zusagen – machen Opposition notwendig, innerhalb und außerhalb des Bundestags. Umso mehr freuen wir uns auf weitere gute Zusammenarbeit mit allen entwicklungspolitisch Interessierten und Engagierten.

Heike Hänsel, Niema Movassat, Alexander King, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Inhalt dieser Ausgabe:

LINKE Antwort auf die Regierungserklärung (ab S. 3)

Rede von Heike Hänsel (29.1.2014): Wirtschaftliche Machtkonzentration bedroht weltweit die demokratischen Fundamente

Rede von Niema Movassat (29.1.2014): Obszönen Reichtum bekämpfen – Union kann Pabst glauben

Kommentar von Heike Hänsel, Niema Movassat und Annette Groth (2.12.2013): Entwicklungspolitik im Koalitionsvertrag

Welternährung (ab S. 10)

Kommentar von Niema Movassat (16.1.2014): Wir haben es satt: Schluss mit Politik, die Hunger schafft

Bericht von Heike Hänsel, Niema Movassat und Kirsten Tackmann (20.1.2014): Zukunft für Haiti

Kommentar von Heike Hänsel und Niema Movassat (10.12.2013): Freihandel tötet

Krieg in Afghanistan und Syrien (ab S. 14)

Kommentar von Heike Hänsel (6.2.2014): Afghanistan-Fortschrittsbericht ohne Fortschritt

Interview mit Heike Hänsel in der *Jungen Welt* (23.1.2014): Gespräche in Montreux sollen torpediert werden

Wirtschaftliche Machtkonzentration bedroht weltweit die demokratischen Fundamente

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, in der Debatte nach der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Müller,

Sie schlagen neue Töne in der Entwicklungspolitik an, auch im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger. Ich muss sagen: Dies begrüßen wir ausdrücklich hier in der entwicklungspolitischen Debatte.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt das haben wir auch schon heute Morgen im Ausschuss gesagt zahlreiche Ideen von Ihnen, von denen auch wir einige unterstützen. Die Frage der Wertschöpfung in den Ländern des Südens ist eine der entscheidenden Fragen für Entwicklung. Ebenso stimmt es, dass es um Veränderungen hier im Norden gehen muss. All das sind Ansätze, die wir unterstützen. Da werden wir Ihre Vorstellungen sicherlich kritisch-konstruktiv begleiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin aber nicht erst jetzt zu dieser Debatte gekommen, sondern sitze hier seit heute Morgen und habe eine Regierungserklärung nach der anderen gehört. Da gab es auch andere Töne. Wenn ich mir Kanzlerin Merkel in Erinnerung rufe,

(Johannes Selle (CDU/CSU): Gute Kanzlerin!)

so war für mich ihre Hauptbotschaft: Wir sind besser aus der Krise herausgekommen als andere, wir wollen im harten Wettbewerb bestehen, wir wollen an die Spitze, wir wollen als starkes Europa unseren Platz an der Spitze der globalen Entwicklung halten usw.

(Johannes Selle (CDU/CSU): Da hat sie doch recht! - Weiterer Zuruf der Abg. Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU))

Hier ging es nur um Konkurrenz. Hier ging es nur um ein System von wirtschaftlicher Konkurrenz, um knallharten Wettbewerb der Volkswirtschaften weltweit, im Grunde um den Kampf um Ressourcen, den Schutz von Handelswegen, um billige Arbeitskräfte und neue Absatzmärkte. Hier ging es nicht um Kooperation, sondern hier ging es um knallharten Wettbewerb. Und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Form des weltweiten Wirtschaftens, diese neoliberale Globalisierung genau so soll es demnach ja jetzt weitergehen, steht gegen die Vorstellungen und Ziele und Ideen, die Minister Müller gerade formuliert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN - Zuruf der Abg. Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU))

Wir brauchen uns nur die aktuellen Zahlen anzuschauen. Oxfam hat letzte Woche neu ausgerechnet, dass die 85 reichsten Menschen auf der Erde über genauso viel Vermögen verfügen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Das ist eine enorme Konzentration von Reichtum. Diese Form des Reichtums dürfen wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist eine wirtschaftliche Machtkonzentration, die die demokratischen Fundamente weltweit massiv bedroht. Genau deswegen wollen wir weg von dieser Profitmaximierung hin zu einem solidarischen Wirtschaftssystem. Dann wäre auch eine Wertschöpfung in den Ländern des Südens möglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe in der vorherigen Debatte ganz andere Töne von der Verteidigungsministerin von der Leyen - wenn man sie denn so nennen kann - gehört. Ich finde es ganz interessant, dass sie eine Afrika-Strategie entwickeln will, bei der Afrika in den Fokus für immer neue Militäreinsätze kommen soll. Im Grunde wäre es viel besser, die wirtschaftliche Entwicklung zu befördern, anstatt noch mehr Militäreinsätze durchzuführen. 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs sollten wir die Mahnung verstanden haben. Es war deutsche Großmachtspolitik, die Millionen von Menschen ins Elend und ins Verderben gestürzt hat. Genau deswegen brauchen wir andere Schlussfolgerungen als die, die ich vorhin in der verteidigungspolitischen Debatte gehört habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann heute nicht alle Punkte thematisieren. Wir werden darüber noch diskutieren. Herr Müller, für uns gibt es noch weitere Bereiche, in denen wir hoffen, dass Sie auch dort neue Akzente setzen. Zum einen geht es - Sie sind Mitglied des Bundessicherheitsrates - um die Frage der Rüstungsexporte. Wir fordern Sie auf: Stimmen Sie gegen Rüstungsexporte in die Länder des Südens! Aus Krisen werden Kriege. Wir erleben es in Syrien. Kriege verhindern Armutsbekämpfung und tragen zum Entstehen neuer Armut bei.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum anderen geht es darum, dass die Entwicklungszusammenarbeit ständig im Zusammenhang mit Militärstrategien erwähnt wird. Entwicklungspolitik soll Militäreinsätze flankieren, so sagte Frau von der Leyen. Dies ist eine katastrophale Entwicklung. Wir und auch Entwicklungsorganisationen warnen seit Jahren davor. Die zivil-militärische Zusammenarbeit und eine vernetzte Sicherheit tragen nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung bei. Die Entwicklungszusammenarbeit wird dadurch militarisiert und nur an sicherheitspolitischen Interessen ausgerichtet. Diese Instrumentalisierung dürfen wir alle nicht zulassen. Wir brauchen die Stärkung des Zivilen. Das muss unser Anspruch sein.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Obszönen Reichtum bekämpfen - Union kann Papst glauben

Niema Movassat, Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Welternährung, in der Debatte nach der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es gut, Herr Müller, dass Sie sich letzte Woche im Interview mit der Zeit von Ihrem Vorgänger, Herrn Niebel, distanziert haben. Nicht nur durch das Interview, sondern auch durch das, was Sie hier heute in politischer Hinsicht gesagt haben, haben Sie sich von ihm distanziert. Das lässt hoffen, dass Sie vielleicht andere Wege in der Entwicklungspolitik einschlagen werden. Die letzten vier Jahre waren schlechte Jahre, weil vor allem deutsche Interessen im Vordergrund standen, die Interessen der deutschen Unternehmen, aber nicht die Menschen in armen Ländern. Wir brauchen endlich einen Kurswechsel.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben heute auf die Perversion hingewiesen, dass 1 Milliarde Menschen hungern, während 1 Milliarde Menschen gegen Übergewicht kämpfen. Sie haben zudem richtigerweise die Frage aufgeworfen, ob es gerecht ist, dass 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent des globalen Reichtums für sich beanspruchen. Um die Frage zu beantworten: Ja, es ist ungerecht, es ist unhaltbar, und es muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Wahrheit ist doch: Die Industrieländer leben auf Kosten der Länder des Südens. Das ist das entscheidende Problem. Wenn Sie dieser Argumentation tatsächlich folgen, Herr Müller, könnten Sie wirklich ein Entwicklungsminister werden, der den Namen wieder verdient.

(Beifall bei der LINKEN – Zustimmung der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Laut Oxfam besitzen 85 Menschen auf dieser Welt so viel Vermögen wie die Hälfte der Menschheit. 85 Individuen haben so viel wie 3,5 Milliarden Menschen. Das ist doch nur noch obszön. Wir brauchen endlich globale Umverteilung von oben nach unten. Wir müssen den globalen Wohlstand gerecht verteilen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie von der CDU/CSU als christsoziale Parteien sollten in dieser Frage ruhig verstärkt auf den Papst hören.

(Heiterkeit des Abg. Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er hat kürzlich geschrieben: Solange die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte nicht in Angriff genommen werden, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen lassen. – Ich weiß ja, dass Sie der Linken nicht glauben, aber glauben Sie doch wenigstens dem Papst.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Müller, Sie haben gesagt, dass Sie den Kampf gegen den Hunger als drängendste politische Aufgabe sehen. Wir als Linke sehen das auch so. Allerdings hatten Sie als Staatssekretär im Agrarministerium den Ruf eines Agrarexportbeauftragten der deutschen Lebensmittelindustrie. Das

darf so nicht bleiben. Ich sage Ihnen: Solange die europäische Agrarpolitik auf massive Überschussproduktion setzt, solange deutsche Kühe mit Futtermitteln aus armen Ländern gefüttert werden und solange Freihandelsabkommen Entwicklungsländer schutzlos gegenüber dem Import hochsubventionierter europäischer Nahrungsmittel machen, so lange tragen Deutschland und die EU eine Mitschuld am Hunger auf der Welt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß ja, dass Sie stets betonen, dass Exportsubventionen nicht mehr existieren. Aber Quersubventionierungen gibt es dennoch. So wurden 2012 insgesamt 42 Millionen Tonnen Geflügelreste auf die afrikanischen Märkte geschafft. Das ist im Vergleich zu 2011 eine Verdoppelung gewesen. Dadurch werden die lokalen Märkte zerstört. Wir brauchen endlich eine Kehrtwende in der globalen Agrarpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Letzte Woche haben Sie etwas gesagt, das mich ein bisschen an Herrn Niebel erinnert hat. Sie haben gesagt, dass, wenn wir zum Beispiel in die äthiopische Landwirtschaft investieren, ein Vielfaches zu uns zurückfließt. Ein für alle Mal: Es soll kein Vielfaches zu uns zurückfließen. Wenn etwas zurückfließt, nutzt das vielleicht der deutschen Privatwirtschaft, aber nicht den Menschen vor Ort. Der Mehrwert muss in den Partnerländern bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Abschluss etwas zum Koalitionsvertrag. Sie haben faktisch das Ziel aufgegeben, in nächster Zeit 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Dabei hatte die SPD dies ihren Wählerinnen und Wählern versprochen. Aber am Schluss der Koalitionsverhandlungen hat Ihre Führungsriege dieses Versprechen beerdigt. Ihr entwicklungspolitischer Sprecher Sascha Raabe hat deswegen sogar nach acht Jahren hingeworfen. Was Sie als SPD abgeliefert haben, ist leider eine entwicklungspolitische Bankrotterklärung.

Für Sie, Herr Minister, wird es dadurch nicht einfacher. Wir als Linke werden in der neuen Wahlperiode an deutsche Versprechen erinnern und für eine solidarische Entwicklungspolitik streiten.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Entwicklungspolitik im Koalitionsvertrag

Heike Hänsel, Niema Movassat und Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kommentieren die entwicklungspolitischen Festlegungen im Koalitionsvertrag von Union und SPD:

Globale Gerechtigkeit als Richtschnur in der internationalen Politik – mit dieser Forderung begleiten viele entwicklungspolitisch Interessierte die Koalitionsverhandlungen. Auch die Fraktion DIE LINKE. Im Koalitionsvertrag haben sich in der Gesamtausrichtung andere Schwerpunkte durchgesetzt. "Die internationale Politik wird vorrangig unter sicherheitspolitisches Primat gestellt – und mit ihr auch die Entwicklungszusammenarbeit, dagegen werden wir weiterhin Widerstand leisten", kritisiert die Bundesabgeordnete Heike Hänsel. Ihr Kollege Niema Movassat ergänzt: "Auch in diesem Koalitionsvertrag bleibt die Entwicklungszusammenarbeit Beiwerk. Die öffentliche Debatte über eine neue Rolle für das BMZ und einen umfassenderen entwicklungspolitischen Ansatz mit mehr Handlungskompetenz auch gegenüber anderen international relevanten Ministerien wurde nicht genutzt."

Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit für sicherheitspolitische Interessen

Der Koalitionsvertrag formuliert ganz offen einen verstärkten zivil-militärischen Ansatz, in den die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wie selbstverständlich mit aufgenommen wird. Das entspricht auf europäischer Ebene der Absicht der EU, die EZ in die Gestaltung künftiger GSVP-Missionen systematisch miteinzubeziehen. Die EZ hat in diesem Verständnis vor allem eine Stabilisierungsfunktion. Sie soll Konfliktherde in geostrategisch wichtigen Regionen "befrieden". In diesem Sinne strebt die Koalition an, "die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union weiter miteinander zu verknüpfen". Europäische Missionen sollen dabei vorrangig in benachbarten Regionen durchgeführt werden, während man in Afrika regionale Einsätze unterstützen will. Erfahrungsgemäß ein Mittel, um die Vergabe von EZ-Geldern mit Sicherheitsinteressen zu verknüpfen. Der Koalitionsvertrag definiert Entwicklungspolitik als "vorausschauende Friedenspolitik". Das klingt gut, stellt aber angesichts der Formulierungen in den voranstehenden Kapiteln auch eine Verbindung zum Ansatz der Vernetzten Sicherheit dar.

Das Konzept der Vernetzten Sicherheit und damit die Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe für sicherheitspolitische Strategien lehnen wir gemeinsam mit vielen Entwicklungsorganisationen und Verbänden ab. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen rein zivil ausgerichtet werden. Die Kooperationsvereinbarung der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit der Bundeswehr muss aufgelöst und in den Gesellschafterverträgen der Durchführungsorganisationen müssen Zivilklauseln verankert werden, die diese auf die rein zivile Zusammenarbeit festlegen. Auch die Instrumentalisierung des Schutzes der Menschenrechte für außenpolitische Strategien oder humanitäre Einsätze – etwa im Rahmen von R2P ("Responsibility to protect") – lehnen wir ab. Eine Verknüpfung zwischen humanitären Maßnahmen und militärischen Einsätzen beziehungsweise militärischen Mitteln muss verhindert werden.

Zu wenig Mittel und zu wenig Kompetenzen für globale Gerechtigkeit

Im Kapitel Entwicklungspolitik ist die SPD-Linie deutlich erkennbar. Die einseitige Orientierung des Vorgängers Dirk Niebel auf deutsche Wirtschaftsinteressen wurde abgeschwächt. Dies begrüßen wir. Die SPD konnte ihre Themen wie die Verankerung von Menschenrechtsklauseln und ILO-Normen in Handelsverträge, Aufbau sozialer Sicherungssysteme und Förderung von Arbeitnehmerrechten, unterbringen. Ein klarer Fortschritt gegenüber Schwarz-Gelb. Wir begrüßen auch die Aufgabe der "1/3-2/3"-Regel, weil sich dadurch neue Spielräume für multilaterale Hilfe eröffnen. Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung eines Kompensationsfonds bei den Vereinten Nationen für koloniale Ausbeutung, Klimawandel und Ressourcenschonung einsetzen. Auch dass die

Budgethilfe als Instrument positiv erwähnt wird, findet die Zustimmung der LINKEN. In einigen entscheidenden Fragen sehen wir allerdings keine substantielle Verbesserung.

So hatte das SPD-Wahlprogramm formuliert, man wolle aus dem BMZ ein "Ministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben" machen. Während der Koalitionsverhandlungen waren viele Stimmen laut geworden, die dies gefordert hatten. Der Vertrag lässt nun nicht erwarten, dass das BMZ in seinen Kompetenzen aufgewertet wird. Das ist enttäuschend. Aus Sicht der Linksfraktion wäre genau das notwendig gewesen: Dem BMZ sollten zusätzliche Kompetenzen, insbesondere in der Handelspolitik und Außenwirtschaftspolitik zufallen.

Ebenso enttäuschend ist das Eindampfen des SPD-Finanzierungsversprechens auf zwei Milliarden Euro zusätzlich über die gesamte Wahlperiode verteilt. Das Ergebnis bleibt deutlich hinter den Forderungen vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen zurück. Damit bleibt das 0,7-Prozent-Ziel in weiter Ferne. DIE LINKE fordert eine deutlichere Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung, natürlich unter der Maßgabe einer veränderten Politik. Neben der Besteuerung der Finanzmärkte sehen wir erhebliches Umverteilungspotenzial innerhalb des Bundeshaushaltes zugunsten von Entwicklung, insbesondere aus dem Verteidigungsetat und dort vor allem zulasten der Rüstungsbeschaffung. Da der Koalitionsvertrag aber ausdrücklich eine gestiegene "internationale Verantwortung" formuliert und eine Stärkung und Profilierung der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie vorsieht, wird genau das Gegenteil angestrebt: mehr Geld für Aufrüstung und Militär statt für Armutsbekämpfung und Entwicklung.

Leider verzichtet die große Koalition darauf, Ernährungssouveränität als Ziel der EZ zu formulieren. Ernährungssouveränität zielt auf mehr ab, als das jetzt formulierte Ziel der Ernährungssicherung, nämlich darauf, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich selbst ernähren zu können. Das hat viele handels- und agrarpolitische Implikationen. Etwas vage spricht sich die neue Koalition gegen "unverantwortliche" Spekulation mit Nahrungsmitteln aus, die sie eindämmen will. Konkrete Vorhaben werden nicht aufgeführt. DIE LINKE schlägt vor, Derivatkontrakte zu standardisieren, Positionsobergrenzen für einzelne Händler und die Gesamtmenge an Kontrakten je Rohstoff einzuführen und den außerbörslichen Handel mit Agrarrohstoffderivaten zu verbieten. Zur Sicherung der weltweiten Ernährungssouveränität wollen wir den Import von Kraft- und Brennstoffen aus Biomasse aus den Ländern des Südens in die EU verbieten.

Wir nehmen positiv wahr, dass die einseitige Unternehmer-Orientierung der schwarz-gelben Entwicklungspolitik zumindest im Koalitionsvertrag keine Fortsetzung findet, haben aber zuletzt zunehmend festgestellt, dass auch die SPD auf private Stifter wie Bill Gates setzt. Wir lehnen eine Privatisierung der EZ ab und setzen uns für die Auflösung der Kooperationsabkommen des BMZ mit privaten Stiftungen und Konzernen ein. Die entwicklungspolitischen Resultate von Projekten der öffentlich-privaten Partnerschaft müssen kritisch überprüft werden und die Förderung rasch zurückgefahren werden.

Falsche Weichenstellungen in der Handelspolitik

Die neue Koalition will das Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) "erfolgreich zum Abschluss" führen. Einerseits will sie Kritik besänftigen, indem sie zusagt, "parlamentarische Kontrolle und gerichtlichen Schutz [nicht] in Frage zu stellen" und Schutzstandards zu sichern. Andererseits will sie Handels- und Investitionshemmnisse "so umfassend wie möglich abbauen". Die sich daraus ergebenden Widersprüche werden Gegenstand von Auseinandersetzungen sein, in die DIE LINKE sich an der Seite der sozialen Bewegungen einbringen wird. Auf der anderen Seite in dieser Auseinandersetzung werden die großen Konzerne und Banken stehen, deren Lobbyisten die Agenda der Verhandlungen massiv beeinflussen. Der Protest gegen TTIP formiert sich europaweit. In Deutschland hat sich Attac mit seiner Kritik an alle Bundestagsabgeordneten gewandt. DIE LINKE unterstützt den Protest und wird ihn parlamentarisch verstärken.

Der Koalitionsvertrag drückt ebenfalls Unterstützung für die EU-Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indien aus. Er verzichtet sogar darauf, Änderungen in der EU-Verhandlungsführung einzufordern, obwohl soziale Bewegungen in Indien und in Europa viele EU-Forderungen (etwa nach mehr Patentschutz, Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens und der Finanzdienstleistungen) massiv kritisieren. Der Protest gegen das Abkommen mit Indien wird von vielen entwicklungspolitischen Organisationen, darunter den kirchlichen, getragen. DIE LINKE wird weiterhin die enge Zusammenarbeit mit diesem außerparlamentarischen Widerstand suchen.

Die SPD verweist darauf, dass sie im Koalitionsvertrag verankert hat, alle Handelsabkommen müssten Menschenrechtsklauseln und die ILO-Kernarbeitsnormen enthalten. Das reicht allerdings bei weitem nicht, um diese Handelsabkommen wirksam zu entwapfen. Wir bedauern, dass die SPD in der Koalition auf einen Freihandels-unkritischen Kurs eingeschwenkt ist. DIE LINKE will die Verhandlungen der EU-Kommission über Freihandels- und Wirtschaftspartnerschafts-abkommen stoppen und setzt sich dafür ein, dass neue, alternative, solidarische Mandate erarbeitet und bereits abgeschlossene Abkommen hinsichtlich ihrer handelspolitischen Festlegungen neu verhandelt werden.

Die Fraktion DIE LINKE hat in ihren entwicklungspolitischen Leitlinien vom Juni 2013 umfassende Veränderungen im Bereich der EZ – hin zu einer solidarischen Zusammenarbeit – vorgeschlagen. Auf dieser Grundlage laden wir auch in der nun beginnenden Wahlperiode dazu ein, gemeinsam für eine gerechte Welt zu streiten.

Wir haben es satt: Schluss mit Politik, die Hunger schafft

Niema Movassat, Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Welternährung, anlässlich der Grünen Woche und der Demonstration „Wir haben es satt“:

An diesem Wochenende prallen in Berlin zwei konträre Vorstellungen darüber aufeinander, wie landwirtschaftliche Produktion und globalisierter Agrarhandel in Zukunft gestaltet werden sollen. Im Berliner Messezentrum tagen Vertreterinnen und Vertreter des deutschen Agrobusiness – darunter der Pflanzenschutzmittelproduzent BASF, international tätige Saatgutfirmen und die Lebensmittelindustrie – mit Landwirtschaftsministern aus aller Welt. Die zentralen Devisen der Tagung sind altbekannt und eine schlechte Nachricht für die rund eine Milliarde Hungernden auf der Welt: freier Handel mit Nahrungsmitteln und Landtiteln, uneingeschränkter Zugang zu den Absatzmärkten der Entwicklungsländer, Einsatz von Hightech im Maschinen-, Saatgut- oder Düngbereich sowie eine Aufwertung des Privat- gegenüber dem öffentlichen Sektor. Dabei liegt der Verdacht nahe, dass die Teilnehmenden des Treffens vor allem der Hunger nach Profiten antreibt.

Auf Berlins Straßen werfen am Samstag wohl wieder mehrere zehntausend Menschen dieser Zukunftsvision ein lautstarkes „*Wir haben es satt!*“ entgegen. Sie treten für eine radikale Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik und dem globalen Agrarhandel ein. Nicht Profite, sondern die Bedürfnisse der Menschen sollen im Mittelpunkt stehen. Gesunde und bezahlbare Nahrungsmittel für alle, faire Löhne für die Produzenten und Angestellten sowie eine nachhaltige, ökologische Produktionsweise sind zentrale Forderungen der Demonstration, die auch DIE LINKE unterstützt. Seit langem tritt DIE LINKE dafür ein, dass die zukünftige Gestaltung des Nahrungsmittelsystems den Konzernen entrissen und in die Entscheidungshoheit der Bürgerinnen und Bürger überführt wird – ein Ziel, das im Konzept der „Ernährungssouveränität“ zum Ausdruck kommt.

Das lautstarke Einfordern einer radikalen Wende in der internationalen Agrarpolitik ist heute so wichtig wie nie. Der Abschluss eines neuen Freihandelsabkommens im Rahmen der WTO-Konferenz im Bali im vergangenen Dezember wird die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, ihre Agrarpolitik selbst zu gestalten, weiter einschränken. Zwar hat Indien durchgesetzt, dass bereits bestehende Ernährungssicherungsprogramme der Länder auch unter dem neuen Abkommen geduldet werden. Die Industrieländer können jedoch gegen zukünftig geplante Initiativen von Entwicklungsländern zur Ernährungssicherung vor einem Schiedsgericht klagen. Gleichzeitig weigern sich die Industrieländer weiterhin, Exportsubventionen für eigene Agrarprodukte abzuschaffen. Dies wäre aber wichtig – denn es sind die subventionierten Agrargüter aus dem Norden, die im Süden zu Dumpingpreisen verschleudert werden und die lokale Produktion zerstören. Doch das Gegenteil passiert: Landwirtschaftsminister Friedrich hat in dieser Woche ein neues Exportförderprogramm angekündigt. Auch die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen lassen Schlimmes befürchten. Die drohende Absenkung von Gesundheits-, Sozial- und Umweltstandards im Nahrungsmittelbereich wird nicht nur die Verhandlungspartner USA und EU treffen, sondern auch auf die Handelspartner im Süden ausstrahlen.

Neben diesen neuen Bedrohungen setzen viele Unternehmen Geschäftspraktiken fort, die Hunger auf der Welt schaffen und deren Ende DIE LINKE deshalb vehement fordert. Dies betrifft zum einen Nahrungsmittelspekulationen. Hier hat etwa die Deutsche Bank zwar angekündigt, aus dem physischen Handel mit Agrarrohstoffen auszusteigen. Gleichzeitig setzt sie den Handel mit Finanzderivaten auf Lebensmittel fort, obwohl 78 Prozent der Deutschen dies strikt ablehnt. Zum anderen bleibt auch „Landgrabbing“ weiterhin eine große Bedrohung für viele Kleinbäuerinnen und Kleinbauern der Entwicklungsländer. Deutsche Finanzakteure wie die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe oder die staatliche Entwicklungsbank „Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft“

investieren direkt in den massiven Aufkauf von Ländereien in Brasilien und Paraguay. Zumindest indirekt trägt auch die deutsche und europäische Politik zu Praktiken einer neuen Landnahme im Süden bei. Investitionsabkommen mit Entwicklungsländern sichern europäischen Unternehmen freien Zugriff auf Böden in den Entwicklungsländern zu. Und die Förderung von Agrartreibstoffen trägt ebenso wie die starke Subventionierung der Massentierhaltung dazu bei, dass immer größere Flächen des Südens mit Monokulturen aus Soja, Mais oder Ölpalmen überzogen und die dort ansässigen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verdrängt werden.

„*Wir haben es satt*“ ist und bleibt daher eine wichtige politische Entgegnung. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Demonstration. Zudem wird die Fraktion auch in der 18. Legislaturperiode Vorschläge für eine andere (globale) Agrarpolitik formulieren, die den Prinzipien der Ernährungssouveränität verpflichtet ist.

Bericht, 20.1.2014

Zukunft für Haiti

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin, und Niema Movassat, Sprecher für Welternährung, trafen sich mit dem haitianischen Landwirtschaftsminister:

Thomas Jacques, Agrarminister der Republik Haiti, nutzte seinen Berlin-Besuch anlässlich der Grünen Woche und dem Welt-Agrarministerfreffen zu politischen Gesprächen mit Entwicklungs- und Agrarpolitiker/innen der Linksfraktion. Er wurde am vergangenen Donnerstag von den Abgeordneten Heike Hänsel, Dr. Kirsten Tackmann und Niema Movassat empfangen.

Im Jahr 2008 hatten die Menschen in Haiti besonders schwer unter den globalen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln zu leiden. Bilder von Protesten und Menschen, die aus Lehm Kekse buken, gingen damals um die Welt. Die hohe Abhängigkeit der Haitianerinnen und Haitianer von importierten Lebensmitteln gefährdet nach wie vor ihre Nahrungsmittelsicherheit. Nach dem Erdbeben vor genau vier Jahren, das hunderttausende Menschenleben forderte, haben sich die Lebensbedingungen nochmals verschlechtert. Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion ist deshalb ein vorrangiges Ziel, sagte der haitianische Agrarminister Thomas Jacques bei einem Treffen mit Entwicklungs- und Agrarpolitiker_innen der Fraktion DIE LINKE in Berlin. Er erläuterte die Agrarstrategie seiner Regierung, die einerseits auf Produktionszuwachs bei Grundnahrungsmitteln wie Mais und Reis, andererseits auf dem Export spezialisierter Produkte wie Kakao, Mango oder Papaya beruhe.

Thomas Jacques zeigte sich besonders interessiert an den deutschen Erfahrungen mit dem Anbau von Bioprodukten, mit Zertifizierungen und dem Einsatz regenerativer Energien sowie an Ausbildungshilfe. Kirsten Tackmann, Agrarexpertin der Fraktion, bot an, Erfahrungen beim Aufbau von Genossenschaften für die haitianische Agrarstrategie nutzbar zu machen. Wichtig sei, so Tackmann, dass der Anbau von Exportprodukten nicht in Flächenkonkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln trete. Letzterer müsse immer vorrangig sein. Der Entwicklungspolitiker Niema Movassat erinnerte an das letzte Treffen der Welthandelsorganisation im Dezember in Bali. Die Fraktion DIE LINKE hatte die Ergebnisse des Treffens als entwicklungsfeindlich kritisiert. Sie wird sich weiterhin für gerechte Handelsbeziehungen einsetzen, damit sich die lokale Landwirtschaft in Haiti und anderswo geschützt entwickeln kann.

Die nun bereits zehn Jahre dauernde UN-Militärmission MINUSTAH in Haiti kritisierte der Geschäftsführer der haitianischen Botschaft, Patrick Saint-Hilaire, mit einem Zitat des früheren haitianischen Präsidenten, René Préal, die Panzer der MINUSTAH mögen sich in Bulldozer und Traktoren verwandeln. Die Fraktion DIE LINKE fordert seit langem den Abzug der MINUSTAH aus Haiti

und die Umwidmung der enormen Mittel, die durch die Militärmission gebunden werden, in zivile Aufbauhilfe, insbesondere in der Landwirtschaft und Infrastruktur.

Der Minister zeigte sich sehr interessiert daran, die deutsch-haitianische Zusammenarbeit zu vertiefen. Er bedankte sich für das Engagement deutscher Entwicklungsorganisationen wie der Welthungerhilfe im Bereich der Landwirtschaft. Für die Fraktion DIE LINKE versicherte die Entwicklungspolitikerin Heike Hänsel, sich weiterhin für die Intensivierung der Beziehungen einzusetzen. In den letzten Jahren hatte sich die Fraktion immer wieder parlamentarisch für die Wiederaufnahme von Haiti auf die BMZ-Länderliste eingesetzt.

Kommentar, 10.12.2013

Freihandel tötet.

Heike Hänsel und Niema Movassat kommentieren die Ergebnisse der Konferenz der Welthandelsorganisation in Bali/Indonesien:

Anlässlich des Ausgangs der WTO-Konferenz in Bali bestärkt die Fraktion DIE LINKE ihren Widerstand gegen die Freihandelspolitik:

Der Freude des Noch-Wirtschaftsministers und der Industrie- und Handelskammer über den Abschluss von Bali schließt sich die Fraktion DIE LINKE nicht an. Denn die Verhandlungen haben gezeigt: Im Zweifel wirkt Freihandel tödlich. Zwar konnte Indien eine Ausnahmeregelung für seine Nahrungsmittelreserven durchkämpfen, aber diese gilt nur befristet und nicht für andere Länder. Weiterhin verbietet die Welthandelsorganisation (WTO) generell staatliche Maßnahmen zur Hungerbekämpfung, sobald sie den freien Markt beeinträchtigen.

Das ist pervers und zeigt einmal mehr, dass globale Entwicklungsfragen und erst recht die Frage der Ernährungssouveränität nicht im Kontext von Handelsliberalisierung verhandelt werden können. Die Fraktion DIE LINKE fordert schon seit langem, Fragen, die die Ernährung der Menschen betreffen, also auch den Handel mit Lebensmitteln, aus den WTO-Verhandlungen herauszunehmen und in die Vereinten Nationen zu verlagern, damit sie nicht zum Spielball anderer Interessen werden – nach dem Motto: Tausche Ernährungssouveränität gegen Marktzugang für Industriegüter.

Interessen der Exportwirtschaft stehen im Widerspruch zu Interessen der Hungernden

Weltweit wird ausreichend Nahrung produziert, um die gesamte Bevölkerung zu ernähren. Die Verteilung ist das Problem. Der Freihandel hat nicht zur Problemlösung beigetragen. Im Gegenteil: Wo heimische Produzenten im globalen Wettbewerb von ihren Märkten verdrängt werden, bleibt die Bevölkerung schutzlos zurück, sobald auf den Weltmärkten Preise steigen. Das haben wir in den letzten fünf Jahren wiederholt erlebt, zum Beispiel in Haiti – mit schrecklichen Folgen für die Betroffenen.

Die Interessen der Exportwirtschaft stehen im Widerspruch zu den Interessen der Hungernden. Die euphorischen Prognosen, weltweit würden durch den Bali-Abschluss Millionen von Arbeitsplätzen entstehen, die meisten davon in Entwicklungsländern, sind durch die Erfahrungen von Freihandelsabkommen zwischen unterschiedlich weit entwickelten Ländern längst widerlegt.

Wir kritisieren auch, dass die WTO weiterhin zweierlei Maß anlegt: Die lateinamerikanischen Regierungen konnten ihre Forderung nicht durchsetzen, dass das Handelsembargo der USA gegen Kuba klar verboten wird. Weiterhin heißt es also: freier Warenverkehr ja, aber nicht mit Kuba. Die Milliardenschäden, die das Embargo in Kuba anrichtet, sind hinreichend dokumentiert und waren

erst in diesem Herbst wieder der Grund für eine fast einhellige Verurteilung der USA durch die UN-Generalversammlung. Dass Freihandel und Handelsembargo miteinander verträglicher sind als Freihandel und Ernährungssouveränität, zeigt vor allem eines: Die Interessen der großen Unternehmen stehen im Vordergrund, nicht das Wohlergehen der Menschen.

Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellen

Die WTO ist nicht automatisch die bessere Alternative zum Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen. Für die Fraktion DIE LINKE stellt sich der Zusammenhang umgekehrt dar: Dass Schwellen- und Entwicklungsländer sich nun wieder stärker auf die WTO einlassen müssen, hängt damit zusammen, dass sie über die Strategie von EU und USA, in bilateralen Abkommen Fakten zu schaffen, unter Druck gesetzt werden. In diesem Kontext wirkt die WTO wie das kleinere Übel. Die Fraktion DIE LINKE lehnt auch deshalb das geplante [Freihandelsabkommen](#) zwischen EU und USA (TTIP) und alle weiteren Freihandelsprojekte strikt ab.

Nicht die Entwicklungsinteressen der Ärmsten sind dem freien Welthandel unterzuordnen. Sondern der Handel muss so organisiert sein, dass er die selbstbestimmte soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Südens fördert. Dabei soll nicht der freie Wettbewerb im Vordergrund stehen, sondern die Bedürfnisse der Menschen. In Lateinamerika werden solche alternativen Ansätze bereits erprobt. Anstelle von Freihandel setzen die linken Regierungen Lateinamerikas im Rahmen des Handelsabkommens ALBA (Bolivarische Allianz) auf komplementären Austausch, und eine an den Bedürfnissen der jeweiligen Bevölkerung orientierte solidarische Ökonomie, verbunden mit sozialen Programmen.

Afghanistan-Fortschrittsbericht ohne Fortschritt

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kommentiert den Afghanistan-Fortschrittsbericht der Bundesregierung:

Der Name "Fortschrittsbericht" Afghanistan ist allein schon eine Mogelpackung, denn von Fortschritt kann keine Rede sein. Im Gegenteil, der Bericht zeigt, dass aufgrund der mehr als 12 Jahre andauernden Besatzung durch internationale Truppen – verbunden mit andauernden Kämpfen in zahlreichen Provinzen Afghanistans – eine nachhaltige menschliche und soziale Entwicklung in Afghanistan nicht möglich ist. Die Sicherheitslage hat sich verschlechtert, jetzt sterben aber vor allem afghanische Soldaten und Polizisten. Der Drogenanbau ist auf dem höchsten Stand seit 2001!

Afghanistan ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Erde, trotz mehr als 60 Milliarden US-Dollar internationaler "Aufbauhilfe" in den vergangenen zehn Jahren. Laut Weltbank ist eines von vier Kindern unter fünf Jahren stark unterernährt und jedes zweite Kind unter fünf Jahren wird als altersgemäß unterentwickelt eingestuft. Das CIA-Factbook kommt sogar noch auf drastischere Zahlen. Danach starben in Afghanistan im Jahr 2012 geschätzt rund 122 Säuglinge von 1.000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr. Damit wäre Afghanistan das Land mit der höchsten Säuglingssterblichkeit weltweit. Gerade dieser Indikator zeigt, wie wenig Fortschritte in der alltäglichen Daseinsvorsorge gemacht wurden für die breite Bevölkerung.

Situation von Mädchen und Frauen unverändert schlecht

Auch der Bau von Schulen bedeutet noch lange nicht, dass Kinder, vor allem Mädchen, auch wirklich die Schule besuchen, dies hängt vielmehr von der Sicherheitslage ab. Zu groß ist die Gefahr, dass Mädchen und Frauen auf dem Schulweg entführt werden. Die Analphabetenquote bei Frauen wird nach wie vor in den ländlichen Regionen auf über 80 Prozent angegeben. Die rechtliche Situation für Frauen ist unverändert schlecht, das beschreibt die afghanische Frauenaktivistin und ehemalige Parlamentarierin Malalai Joya in ihrem eindrücklichen Buch "Ich erhebe meine Stimme". Ein neuer Gesetzesentwurf, der die Verfolgung von häuslicher Gewalt gegen Frauen massiv einschränken würde, ist Ausdruck davon. Malalai Joya lehnt auch das geplante Stationierungsabkommen mit den USA ab. Sie führt die Verschlechterung der Sicherheitslage vor allem auf die anhaltende militärische Aufstandsbekämpfung durch die ISAF-Truppen, die massiv erhöhten Drohnenangriffe durch die US-Truppen und die Zusammenarbeit mit brutalen Milizen von Warlords und Drogenbaronen in den Provinzen zurück. Dadurch kann es keine Sicherheit für die Bevölkerung geben. Vor allem die "Afghan Local Police" (ALP), die aus ehemaligen Taliban-Kämpfern und privaten Milizen besteht, ist für ihr brutales Vorgehen außerhalb jeglicher rechtsstaatlicher Strukturen berüchtigt.

Ein vollständiger Abzug aller internationaler Truppen und ein politischer Friedensprozess in Afghanistan ist die Voraussetzung für eine soziale Entwicklung in dem Land. Die Entwicklungszusammenarbeit darf nicht länger integraler Bestandteil der Besatzungspolitik und Aufstandsbekämpfung sein, sie muss sich ausschließlich an Armutsbekämpfung und Stärkung ziviler Strukturen orientieren. Deshalb fordert DIE LINKE schon seit langem das Ende der zivil-militärischen Zusammenarbeit und lehnt die jetzt erhobene Forderung nach "Schutz von EntwicklungshelferInnen durch die Bundeswehr" ab. Stattdessen fordern wir die Förderung eines innerafghanischen Versöhnungsprozesses und die Unterstützung von afghanischen Friedenskräften vor Ort, die sich seit Jahren für einen Friedens- und Versöhnungsprozess von unten einsetzen.

Konzerne wollen Rohstoffe ausbeuten

Der Erschließung afghanischer Rohstoffe wird laut Bundesregierung mittel- bis langfristig große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans beigemessen. Vor diesem Hintergrund führte die Bundesregierung letztes Jahr den "Ersten Deutsch-Afghanischen Rohstoffdialog" für deutsche Unternehmen durch. Der Fokus liegt dabei allerdings nicht auf staatlicher afghanischer Förderung der Rohstoffe und die von Entwicklungsminister Müller geforderte "Wertschöpfung im eigenen Land", sondern auf der Durchsetzung rechtlicher Rahmen- und Investitionsbedingungen, die deutschen und europäischen Konzernen einen optimalen Rohstoffabbau ermöglichen. Dazu wird mit deutschen Geldern für Entwicklungszusammenarbeit ein eigenständiges Beratungsvorhaben finanziert. Davon profitieren vielleicht die korrupte Karsai-Regierung und deutsche Firmen, aber nicht die afghanische Bevölkerung. Diese Form der "Entwicklungszusammenarbeit" werden wir weiterhin ablehnen.

Interview, 23.1.2014

»Gespräche in Montreux sollten torpediert werden«

In der Schweiz hat die Friedenskonferenz zu Syrien begonnen. Folterbilder belasten das Gesprächsklima. Gespräch mit Heike Hänsel in der Zeitung „Junge Welt“:

Am gestrigen Mittwoch hat in der Schweizer Stadt Montreux die Syrien-Friedenskonferenz begonnen. Sie haben gemeinsam mit anderen vor dem Tagungsort protestiert - wer waren Ihre Mitstreiter und wie ist die Aktion abgelaufen?

Heike Hänsel: Ich war eine von ungefähr 50 Friedensaktivistinnen, die schon Anfang der Woche in Genf zu einer Konferenz zusammengekommen waren - Motto: »Frauen führen in den Frieden«. Veranstalter war u.a. Codepink, eine feministische Friedensorganisation aus den USA. Dabei waren auch die Friedensnobelpreisträgerinnen Mairead Maguire aus Irland und Shirin Ebadi aus dem Iran. Unsere zentrale Forderung ist ein sofortiger Waffenstillstand für Syrien. Das ist die Bedingung für eine politische Lösung dieses Konfliktes. Die zweite Forderung ist, daß wir eine breite Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Gruppen, wie von Friedens- oder Frauenorganisationen an den Verhandlungen brauchen.

Welche könnten das sein?

Zum Beispiel die »Syrische Frauenplattform«. Sie hat konkrete Vorschläge; sie hat zehn Punkte formuliert, wie man Frieden schaffen könnte - wenn es denn einen Waffenstillstand gäbe. Der muß aber zuallererst zwischen den bewaffneten Gruppen ausgehandelt werden, bevor man sich auf eine Übergangsregierung einigt. Vor allem ist wichtig, daß die Syrerinnen fordern, daß sie auch entsprechend an diesem Prozeß beteiligt werden.

Ist es nicht blauäugig zu glauben, daß sich mit militanten Gruppen wie der Al-Nusra-Front über einen Frieden diskutieren läßt?

Als erstes muß ich kritisieren, daß zu den Verhandlungen in Montreux nicht alle eingeladen wurden, die in diesem Konflikt eine Rolle spielen - der Iran zum Beispiel. Ohne ihn wird eine politische Lösung schwierig sein. Daß sich die UN dem Druck der USA und der syrischen Opposition gebeugt hat, indem sie den Iran auslud, halte ich für inakzeptabel.

Zum zweiten kann man die Konferenz anders organisieren. Es müssen nicht immer alle an einem Tisch sitzen, und es muß auf jeden Fall die syrische Zivilgesellschaft vertreten sein. Es gibt etliche demokratische Gruppen, die beteiligt sein wollen, zum Teil auch Organisationen wie »Rebuilding

the Syrian State«. Aber auch Frauengruppen, wie die eben erwähnte »Syrische Frauenplattform«. Und drittens: Alle Waffenlieferungen an die Konfliktparteien müssen umgehend eingestellt werden.

Diese Gruppen kommen hier in Montreux nicht zu Wort, obwohl sie an Ort und Stelle vertreten sind und konkrete Vorschläge für einen Friedensprozeß einbringen könnten. »Friedensprozeß« heißt mehr, als nur mit bewaffneten Gruppen zu verhandeln. Es ist doch so, daß sich einige von ihnen buchstäblich den Weg zum Verhandlungstisch freigeschossen haben. Es kann nicht sein, daß man nur dann ernst genommen wird, wenn man bewaffnet ist.

Am Dienstag berichteten Medien, es gebe Folter- und Leichenbilder aus syrischen Gefängnissen. Was denken Sie, wie sich das auf die Verhandlungen auswirkt?

Ich denke, daß diese Bilder vor Beginn der Verhandlungen gezielt gestreut wurden. Zu allererst sollte die Quelle überprüft werden, ich vermute mal, daß diese Veröffentlichungen die Gespräche gezielt torpedieren sollten.

Die Bilder stehen nun leider im Vordergrund, als ich mit dem deutschen Botschafter sprach, ging er auch als erstes auf dieses Thema ein. Foltervorwürfe muß man natürlich immer ernst nehmen, das ist klar. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der US-Geheimdienst CIA zahlreiche Foltergefängnisse in vielen Ländern unterhalten hat - auch in Syrien.

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Niema Movassat, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Sprecher für Welternährung, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 227-73179

Telefon: 030 227-71760

Fax: 030 227-76179

Fax: 030 227-76663

heike.haensel@bundestag.de

niema.movassat@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Carlos Hainsfurth

Dr. Birgit Bock-Luna

Henning Zierock

Andreas Grünewald

Manuel Faber

Nicolai Röschert

Dr. Alexander King, Referent für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Telefon: 030 227-52802

alexander.king@linksfraktion.de